

rote blätter

EXTRABLATT

Studentenmagazin

EXTRA

Organ des MSB Spartakus

Bafög statt Pershing II!

Jetzt reicht's! Gegen Bafög-Kürzungen, Rotstiftpolitik und Hochrüstung!

Die Vereinigten Deutschen Studentenschaften haben auf ihrer letzten Zentralratssitzung einstimmig bei drei Enthaltungen zu einer bundesweiten Demonstration in Bonn am 3. Juni aufgerufen. Gemeinsam beschlossen Juso-Hochschulgruppen, Sozialistischer Hochschulbund, Liberaler Hochschulverband und MSB Spartakus, damit schnell und massiv auf die neuen Bonner Schweinereien zu antworten. Es gibt viele Gründe für diese Aktion. Die folgenden fünf sind unserer Meinung nach die wichtigsten.

Die Bafög-Kürzungen betreffen jeden! Wie? Mag jetzt manch einer sagen, jeden? Wo doch ich oder meine Nachbarin oder gar wir beide sowieso keine Bafög-Förderung bekommen? Sind doch eigentlich nur 35 Prozent, die das angeht – der Rest finanziert das Studium völlig anders!

Stimmt – und eben drum. Denn wenn's nach den Plänen Engholms und der Bundesregierung geht, werden es demnächst noch weniger als 35 Prozent sein. Weil nämlich der Nachbar auch inzwischen kein Bafög mehr bekommt – dessen Eltern verhindern das durch einen Tarif.

Wer ein bißchen mitbekommt an unseren Hochschulen, weiß darüber hinaus, daß die Bafög-Kürzungen nur der erste Schritt sind, die Kürzungspläne des vergangenen Wintersemesters Realität werden zu lassen. Zehn Milliarden (!) will man an den Hochschulen bis 1981 einsparen und das bei steigenden Studentenzahlen! nen – gekürzt wird den vielen, geschenkt den wenigen –, aber Druck kann der Minister gern haben.

Anders ausgedrückt: Wir halten es für die Verpflichtung der Studenten, ein Zeichen zu setzen. Ein Zeichen dafür, daß wir uns nicht alles gefallen lassen, daß Kürzungen an den Hoch-

Da sind die Bafög-Kürzungen nur das „Pilotprojekt“ in diesem Sommersemester – auch und vor allem deswegen gehen sie jeden etwas an. Merke: Wer heute die Bafög-Kürzungen unwidersprochen durchgehen lässt, muß morgen noch mit Schlimmerem rechnen.

nen!

Das ist auch wichtig für die Weiterentwicklung der Dinge in unserem Land. Überall gibt es scharfe Auseinandersetzungen: Millionen Metalle haben gestreikt, 100 000 in Brokdorf, 25 000 in Bonn gegen Mittelstreckenraketen. Hunderte von Hausbesetzungen. Und 100 000 Studenten haben im vergangenen Wintersemester gegen die Kürzungen demonstriert. Jetzt ist für jedermann ersichtlich, daß es nicht in erster Linie an den Hochschulleitungen oder am einzelnen Lehrkörpermitglied liegt, wenn der finanzielle Spielraum an den Hochschulen immer enger wird.

chen. Aber auch soziale Betroffenheit. Immer weniger Menschen sind bereit, widerstandslos ihre „Rüstungsgroschen“ zu zahlen. Auch die Studenten nicht – und auch das soll in Bonn demonstriert werden.



Am 16./17. Mai 1979, vor der letzten Anpassung der Bafög-Bedarfssätze und Elternfreibeträge, demonstrierten Studenten in Bonn für ein bedarfsdeckendes Bafög.

Foto: Menzen

deshalb am 3. Juni demonstrieren, chen werden und damit unser Kampf Hochschulen selber erst richtig wirktun wir es eben gegen Privilegien – Aussicht auf Erfolg hat. Hochschulen selber erst richtig wirksam werden – schon jetzt haben VDS gegen die Zementierung des Bildungsprivilegs. Nicht nur die Füße, sondern in den und einzelne ASten bundeseinheitlich die Aktionen zum 3. Juni zu unterstützen.

Nicht nur die Füße, sondern in den Köpfen, womöglich sogar am Gesetz. Auszuschließen ist Letzteres nicht, und einzelne Ärzte fordern ähnliche Aktionen, zum Beispiel Streiks angekündigt.

die Einkommensgrenze, oberhalb derer die Kinder kein Bafög mehr bekommen, der wächst nicht mal so wie die Reallöhne. Weswegen, wer jetzt noch kein Bafög bekommt, wahrscheinlich nur bei völliger Verarmung jemals was bekommen wird – vom sozialen Anspruch ist da nichts mehr spürbar. Eigentlich sollten aber alle, deren Eltern nicht gerade Krösusse sind, Bafög bekommen, deswegen geht es auch alle an!

nahmen wie der Bafög-Kürzungen nicht zum schärfsten Protest zu greifen! „Die Bildungspolitik hat keine Lobby mehr“, hat sich Minister Eng holm beklagt, als er mit den Bafög-Kürzungen rauskam. Er könne sich gegen den Finanzminister nicht wehren.

Es geht um den Kern: „Bafög statt Pershing II“

Nun richtet sich der Einfluß der angesprochenen „Lobby“ bekanntlich nicht nach der Anzahl der Betroffenen.



Die Forderung „Bafög statt Pershing II“ ist eine der Lösungen, unter denen die Vereinigten Deutschen Studentenschaften für die Demonstration am 3. Juni aufrufen. Und in der Tat trifft diese Lösung den Kern der wachsenden politischen Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik. Es vergeht inzwischen kaum eine Woche, in der Apel und die Bundeswehr nicht mit neuen Milliardenforderungen kommen: Der Tornado kostet inzwischen das Zehnfache, für die NATO-Herbstmanöver will Apel noch eine Milliarde für Treibstoff – einmal gewinkt und schon bewilligt.

Der Hochrüstungskurs ist teuer, und sein Ende ist nicht absehbar – jedenfalls nicht von alleine.

Aber das Bewußtsein über die Folgen und Gefahren dieses Kurses wächst. Die Demonstrationen gegen die NATO-Mittelstreckenraketen haben inzwischen selbst bei nur landesweitem Charakter mehr als 25000 Teilnehmer, die Unterschriftenzahl unter den „Krefelder Appell“ bewegt sich auf die 400000 zu. Angst und Be sorgnis wegen des Konfrontationskurses und der Hochrüstungspolitik von US-Regierung, NATO-Führung und Bundesregierung sind die Ursachen

Hochschulen immer enger wird. Deswegen ist scharfer Protest vonnöten, deswegen wollen wir dort demonstrieren, wo die andere Seite ihre Entscheidungen fällt, in Bonn nämlich!

Bonn demonstriert werden, möglichst gemeinsam mit Kräften aus der Friedensbewegung.

„Alle sollen sparen“ – wofür, hat man schon gesehen. Sparen an der richtigen Stelle, bei Rüstung und Konzernsubventionen, dafür sind wir. Aber sind nicht auch die Studenten privilegiert – geht's ihnen nicht besser? Immer weniger, kann man da nur sagen – und:

Wir können dabei der Unterstützung der Gewerkschaften gewiß sein, die Demonstration wird einen Beitrag

Ausgeschlossen ist Letzteres nicht – manch einem SPD- oder FDP-Bundestagsmitglied ist die Sache doch zu unangenehm. Immerhin hatte man vor den Wahlen ja noch wahre Wunderdinge bis hin zur jährlichen Anpassung der Bafög-Sätze versprochen.

Aber selbst wenn die „großen Erfolge“ ausbleiben, der scharfe Protest, Bevölkerung verbessert. Das ist wichtig für beide Seiten, damit die Hochschulen nicht auch noch vollends zu um dieselben Fragen. Im Wintersemester sollen die Kürzungen an den

Dafür und für den „täglichen Kleinkrieg“ im Seminar ist die Demonstration am 3. Juni ein wichtiger Impuls. Deshalb: Jeder, der sich über volle Seminare ärgert, jeder der bei Ausleseklausuren durchrasselt, jeder, dem Mensa- und Wohnheimpreisernöhung stinken, der gegen den immer unerträglicheren Unialltag protestieren will, wer zuwenig Bafög bekommt, wer gegen den Hochrüstungskurs ist – auf nach Bonn am 3. Juni!

Am 3. 6. nach Bonn – das bewegt was

Wir können dabei der Unterstützung

der Gewerkschaften gewiß sein, die

Demonstration wird einen Beitrag

dazu leisten, daß sich das Verhältnis

dazu leisten, daß sich

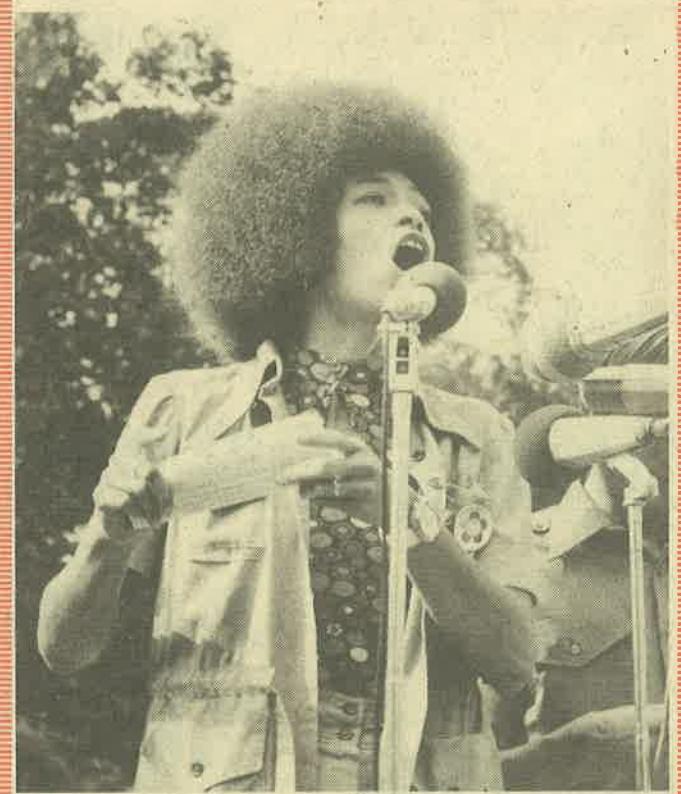


Foto: Hoffmann-Taroni

Wäre es nach Ronald Reagan gegangen, dann wäre Angela Davis, amerikanische Bürgerrechtskämpferin und Kommunistin, auf dem elektrischen Stuhl in Kalifornien gelandet. Aber die internationale Solidarität hat sie davor bewahrt. Jetzt kommt sie zum Festival der Jugend. Am 19. und 20. Juni in Dortmund. Veranstaltet von MSB Spartakus und SDAJ.

Zwei Tage zum Selbermachen, zum Informieren, Diskutieren, Feiern und Schwofen. Initiativen und politische Gruppen sind eingeladen, sich vorzustellen. Musik und Lieder mit Miriam Makeba, bots, Hanns-Dieter Hüsch, Hannes Wader, Franz Josef Degenhardt, Franz K., Puhdys, Duo Z, Gebrüder Engel, ÖSTRO 430. Insisters und vielen anderen. Theater von der Schwarzen Witwe und dem Brecht-Ensemble aus der DDR. Frauenlieder von Ina Deter & Band im Frauenzentrum. Dort gibt's Infostände von Frauengruppen und Frauenhäusern, Diskussionen zu Gewalt gegen Frauen, Sexismus und anderes.

Am 20. Juni steigt die Friedensnacht. Mit Rock gegen Raketen,



Fortsetzung

80 % bekommen weniger Bafög

dadurch sogar ganz aus der Förderung herausfallen.

Zugleich werden die für den April nächsten Jahres geplanten Anpassungen (Elternfreibetrag um 130 DM, Fördererhöchstsatz um 40 DM) nach Berechnungen des DSW nicht einmal die Kürzungen dieses nicht einmal die Kürzungen dieses

Zudem soll der gesetzliche Anpassungsturnus von gegenwärtig zwei auf drei Jahre verlängert werden!

Im einzelnen:
Besonders betroffen: Zweitstudien, Fachhochschüler und Fachhochschulabsolventen.

Die geplante Zweitstudienregelung beinhaltet, daß ein Zweitstudium nur noch dann gefördert wird, wenn es ein werden, was z. B. bei einem 3. Kind maximal auf vier Semester befristeten

Ausbildungsgang in derselben fachlichen Richtung zur wissenschaftlichen Vertiefung beinhaltet. In Zukunft soll also nur noch ein sogenanntes Auf- oder Zusatzstudium finanziert werden. Für Fachhochschulabsolventen betrifft diese Maßnahme noch härter:

Sie werden nach absolviertem FH-

Studium nur noch gefördert, wenn sie

eine Ausbildung in derselben Fach-

richtung machen, und sie müssen bei vorheriger Erlangung der allg. Hochschulreife (durch Absolvierung der Zwischenprüfung mit 2,0 und besser) sofort die Hochschule wechseln, um in ihrem Zweitstudium weiter gefördert zu werden.

Der zweite Bildungsweg wird zur Sackgasse

Absolventen des zweiten Bildungswegs, die eine Lehre und mehrjährige Berufstätigkeit hinter sich haben, also der Kreis der elternunabhängigen Geförderten soll in Zukunft nur noch auf Darlehenbasis gefördert werden. Ausnahme: es sei denn, er akzeptiert, daß er elternabhängig gefördert wird, was aber wiederum einen weitau niedrigeren Förderungssatz bedeutet.

Außerdem soll das Kindergeld von dem Förderungsbetrag abgezogen noch dann gefördert wird, wenn es ein werden, was z. B. bei einem 3. Kind 210,- DM Kürzung bedeutet.

Die größte Schweinerei: neue Berechnung des Kinderfreibetrags

Zur Information: Bisher wurde der Freibetrag der Eltern, also der Betrag, den Eltern einnehmen können, ohne daß dieses auf die Berechnung des Bafögs einen Einfluß hat (also der Satz gemindert wird), um einen Kin-

derfreibetrag ergänzt. Dieser Kinderfreibetrag soll in Zukunft auf 50 DM bis 150 DM pro Kind begrenzt werden. Diese Kürzung des Freibetrags heißt real auch eine Kürzung des Bafög-Satzes, da dieser ja aus dem Freibetrag der Eltern berechnet wird. Hierbei sind insbesondere kinderreiche Familien beteiligt.

Der Vorschlag, den Prozentfreibetrag für die Kinder nach oben zu begrenzen, ist skandalös. Dieser errechnet sich aus der Differenz des gesetzlichen Freibetrages und des Einkommens der Eltern und ist im wesentlichen abhängig von der Kinderzahl. Wird dieser Betrag nun nach oben begrenzt, sind auch hier insbesondere die kinderreichen Familien betroffen. Resultat dieser Pläne wird eine Einengung des Kreises der Geförderten als auch eine reale Kürzung der Weitergeförderten sein.

Weitere Schweinereien

Das Bafög wird grundsätzlich nicht mehr rückwirkend ausgezahlt (vorher bis zu drei Monaten), sondern nur noch ab dem Tag der Antragstellung. Hier sind natürlich insbesondere Studienanfänger und „Nachrücker“ angeschnitten. Außerdem sollen die Förderungsbeiträge in Zukunft grundsätzlich abgerundet werden.

Insgesamt wird durch diesen Bafög-Skandal -- insbesondere in Zusammenhang mit den anderen sozialen Verschlechterungen das Bildungsprivileg der Reichen verstärkt.

Bafög verstärkt ein Instrument des sozialen Numerus clausus ... Arbeitserkinder und Frauen werden vom Studium abgeschreckt, dem zweiten Bildungsweg wird der Geldhahn zugedreht, weiterführende Studiengänge werden nur noch für Kinder reicher Eltern erschwinglich, kinderreiche Familien werden weiter benachteiligt. Frauen sind besonders betroffen, da die weitere Benachteiligung kinderreicher Familien zu Lasten des Hochschulzugangs für Frauen geht. Die Doppelbelastung für Frauen mit Kindern durch Studium, Schwangerschaft und Kinderbetreuung wird nicht berücksichtigt, im Gegenteil, im neuen Gesetzentwurf wird die Schwangerschaft mit Krankheit gleichgestellt und maximal drei Monate auf die Förderungsdauer angerechnet!

Beispiel 2: Eltern mit drei Kindern
einem studierenden, einem über und einem unter 15 Jahren, bei Nettoeinkommen 1978 = 3210 DM
vorher:
Förderung WS 80/81: 197 DM
nachher:
Förderung WS 81/82: 57 DM
= minus 140 DM

Es lesen mehr Leute rote blätter
als man denkt



jetzt abonnieren!
denn jeder Neue
bekommt
ein Buchgeschenk

Jeder neue Abonnent kann sich ein Buchgeschenk nach eigener Wahl aus dem Angebot der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer und demokratischer Verlage auswählen.
Bis zum Preis von 14,80 DM.
das heißt: Jahresabo zum Schottenpreis!

Jahresabo
Buchprämie für
jeden neuen
Abonnenten
Schottenpreis
19,50 DM
– 14,80 DM
4,70 DM

rote blätter im Mai '81:
Die Jugend in Bewegung
– Studentenbewegung
– Instandbesetzerkongress
– Spontaneität und Organisiertheit
Thesen zur Lehrerarbeitslosigkeit
Prostitution – der neue Teilzeitjob?
Ende einer Beziehung
Die Reagan-Gang (neue Serie)
Danzer-Interview

rote blätter

Ich abonniere die roten blätter
ab Nr. _____
bis auf Widerruf
(Jahresabo: 19,50 DM mit Buchprämie)

Vorname, Name _____

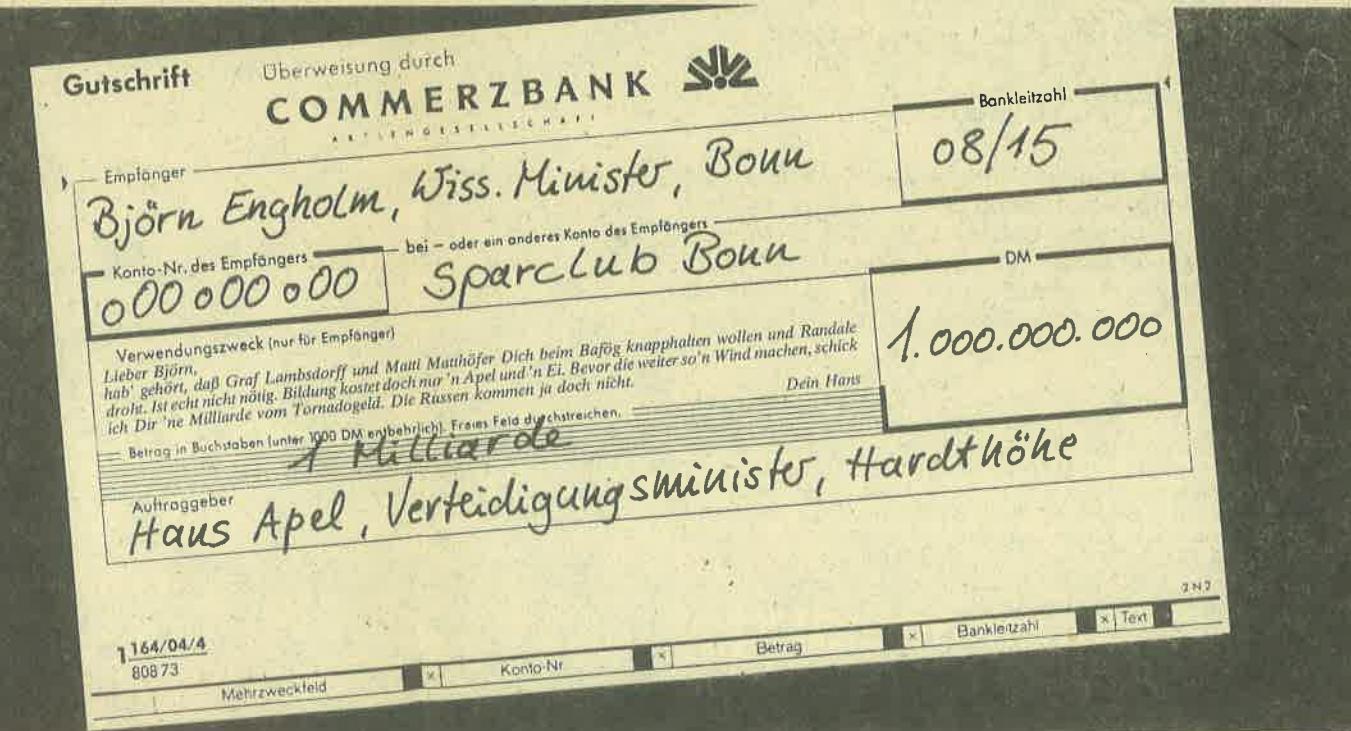
Straße _____

Postleitzahl, Ort _____

Unterschrift _____

Datum _____

Bestellungen an:
rote blätter, Postfach 2006
5300 Bonn 1



RCDS – schmarotzt wird nicht!

Die Empörung über die Bafög-Verschlechterung und damit über die Politik Vorschlag, endlich alle Studenten der Bundesregierung ist groß. Natürlich versuchen die Rechtskräfte, die werke und das DSW aufzulösen. So CDU/CSU und ihre Tochterorganisationen, davon zu schmarotzen. Die können man sparen, und außerdem tue Verbitterung über die sozialliberale Regierung wollen sie im rechten Fahrwasser lenken. Ein Mittel dazu ist immer soziale Demagogie.

Seit Jahren z. B. verfährt der RCDS mit seinen Bafög-Forderungen so, daß er schaut, was VDS und GEW fordern, schlicht 100 DM draufschlägt und glaubt, sich so als „sozialer“ profilieren zu können. Kosten tut ihm das ja nichts. Er fordert ja sowieso nur ins Blaue hinein.

Jetzt tönt der RCDS: „Was ist an dieser sozialliberalen Bundesregierung noch sozial?“ und: „Nach dem Rentenbetrug nun der Studentenbetrug“. Mit dieser Feststellung hat er recht. Sie hat aber nur die Funktion, sich selbst und die CDU/CSU als besonders sozial anzupreisen.

Doch wie sieht die Wirklichkeit aus? Die CDU hat wie der RCDS öffentlich die Verschiebung der Bafög-Anpassung um ein halbes Jahr kritisiert. Das stand in allen Zeitungen. Hinter den Kulissen aber, im Haushaltsschluß, hat die CDU/CSU für die Begrenzung des Bafög-Haushaltssatzes auf 2,4 Milliarden DM gestimmt. Ihr bildungspolitischer Sprecher Dakewe nannte den Engholm-Gesetzentwurf einen, angesichts der Haushaltsslage, „angemessenen Kompromiß“. Kritisiert wurde allerdings, daß die alte CDU/CSU-Forderung nach schärferen Leistungsnachweisen nicht berücksichtigt wurde, daß die Darlehensregelung nicht weiter ausgedehnt wurde. Diese Ausdehnung des Darlehens strebt auch der RCDS an. Auf seiner vorletzten Bundesdelegiertenversammlung erklärte der RCDS-Bundesvorsitzende Dingerkus:

„Abstriche an der materiellen Ausstattung der Hochschulen oder Verzicht auf Privilegien wie die Subventionierung des Mensaessens... Die deutschen Studenten sind bereit, wegen der verschärften weltpolitischen Lage... die Erfüllung vieler eigenen Wünsche zurückzustellen.“ Originalton RCDS. Strammstehen, Hochrüstung und „Stillgestanden!“ sind wieder gefragt. Da schlägt die CDU/CSU-Nachwuchstruppe gern die Haken zusammen.

Im Zusammenhang mit den Bafög-Plänen des Bildungsministeriums fehlt z. Zt. die Berichterstattung über die Stellungnahmen und Aktionen des RCDS. Zur Überbrückung solltet Ihr ebenfalls die Presseerklärung des Bundesvorstandes benutzen. Der Bundesvorstand stellt Euch auf Anfrage die Stellungnahme der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu den Bafög-Plänen des Ministeriums zur Verfügung. Wir können diese aus verständlichen Gründen nicht offen im Rundbrief versenden.

gez. Johannes Weberling

Diese Passage stammt aus dem Pressespiegel Nr. 03/81 vom 14. 4. 1981, den der RCDS-Bundesvorstand in seinem Rundbrief verschickt. Wir verstehen sehr wohl die Gründe, aus denen heraus der RCDS nicht offen (!) die Stellungnahme der CDU/CSU verbreiten kann. Es würde zu deutlich, wie sehr RCDS und CDU/CSU unter einer Decke stecken. Da der RCDS gleichzeitig beklagt, es fehle die Berichterstattung über die Stellungnahmen des RCDS, wollten wir dies gerne korrigieren. Bitte, bitte, lieber Weberling, deine erste Großtat als neuer RCDS-Bundesvorsitzender im Versteckspiel haben wir gerne der Öffentlichkeit kundgetan.



Die Mai-Ausgabe der roten blätter:

Björn Engholm – der smarte Verzichtsapostel

Er ist schon ein smarter Boy: Björn Engholm, der neue Chef im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft. So smart, wie er sich gibt, hat er jetzt mit seinem Erstlingswerk zugeschlagen. Denn die Kabinettsentscheidung ist auf seinem bzw. seines Ministeriums Mist gewachsen. Damit kann er sicher sein, hohes Lob aus Kanzler- und Auswärtigem Amt zu bekommen, hält er sich doch korrekt an die Linie der Bundesregierung, alles zum Wohle des Rüstungshaushalts zu tun, gleichzeitig in dem unerwarteten Kostenaufwuchs 1980 erreichten Niveau von 2400 Millionen DM gehalten worden.“

Erinnern wir uns: Helmut Rohde, einer der Vorgänger Björns im BMBW anno domini 1974:

„Die sozialliberale Koalition und die Bundesregierung haben sich nicht beirren lassen und ihren politischen Willen in die Tat umgesetzt, für die Jugendlichen in der Bundesrepublik die Ausbildungschancen zu verbessern.“

Long time ago, möchte man sagen. Wie klänge dieser Satz heute? Vielleicht so:

„Die sozialliberale Koalition und die Bundesregierung haben sich nicht beirren lassen und ihren politischen Willen in die Tat umgesetzt, für die Jugendlichen in der Bundesrepublik die Ausbildungschancen zu verbessern.“

Man denke an den Zweiten Bildungsweg. Das Bafög ist da bloß eine Spezialität. Der Engholm-Vorgänger Schmude erlaubte sich 1980 noch zu formulieren:

„Das Bafög ist wesentliche Voraussetzung für die angestrebte Chancengleichheit im Bildungswesen... Der Kreis der Förderungsberechtigten ist seit 1971 ständig erweitert worden.“ Nun liegt der Scherbenhaufen vollends vor uns. Denn obige Sprüche waren ja im letzten Jahr nur ein Versuch, den ständigen Abbau mit mar-

kigen Sprüchen zu kaschieren. Der smarte Björn hat jetzt nur die un-dankbare Aufgabe bekommen, den sogenannten „Sachwängen“ sich anzupassen und die Entscheidung möglichst gut zu verkaufen. Das klingt dann folgendermaßen:

„Für die Jahre 1981 bis 1984 sind im Haushaltsentwurf und der Finanzplanung die Ansätze für die Ausbildungsförderung – trotz der schwierigen finanzwirtschaftlichen Gesamt situation – auf dem hohen nach dem unerwarteten Kostenaufwuchs 1980 erreichten Niveau von 2400 Millionen DM gehalten worden.“

Wenn man da bloß kein schlechtes Gewissen bekommt! Das klingt dann tatsächlich so, als ob man froh sein muß, daß es überhaupt noch etwas gibt. Ein smarter Zug, eben.

Da ist sein Kollege Apel von der Hardthöhe nicht so verlegen: Ende April tönte es aus seinem Ministerium, man brauche dringend eine Milliarde, weil im Herbst der Sprit

der Bundeswehr angeblich ausgeht. Er wird sie bekommen. Denn Apel bekommt alles, seinen Tornado zum Beispiel, 322 an der Zahl. Einer allein kostet zur Zeit ca. 100 Millionen.

Während bei den Hochschulausgaben 220 Millionen, beim Bafög 350 Millionen gespart werden sollen, kriegt der Verteidigungshaushalt 6,2 Prozent mehr.

Wir werden geopfert

Viele haben erkannt: Da ist was faul, das stinkt zum Himmel. Auf dem Altar der Hochrüstung soll weiterhin geopfert werden, und zwar wir. Wir sollen die Opfer sein. Wie sagt's unser Helmut?

„Die Deutschen sind verwöhnt.“ Und empiehlt,

„...sich aus dem einseitigen Anspruchsenken zu befreien, das die Wachstumsgesellschaft mit sich gebracht habe. Ich möchte die Bürger



Dies ist nicht Björn Engholm bei einer Demonstration auf der Straße. Hier sitzt kein Sprücheklopfer, sondern ein von Bafög-Misere und Wohnungsnot Betroffener.

Das steht u. a. drin:

- Bericht über die Mitgliederversammlung der VDS
- Studentenbewegung und Häuserkampf
- Subjektivität und Organisation
- Arbeitslos auf Akademisch – Erfahrungen eines Lehrers ohne Aufgabe
- Die Reagan-Gang (neue Serie!)
- Prostitution – der neue Teilzeitjob?
- Ende einer Beziehung
- Danzer-Interview

ermutigen, zum Beispiel den Konsumzwang abzuschütteln, den sie sich selbst auferlegt oder dem sie sich unterworfen haben.“

Und wer soll verzichten? Nicht Apel und die Bundeswehr, nicht Schmidt, Kohl, Strauß, nicht Thyssen, Flick, und wie die Vögel alle heißen, sondern die Bevölkerung, die weniger Wohnungen, weniger Schulen und Hochschulen, weniger zu essen bekommen soll, dafür aber mehr bezahlen muß.

Björn selber hat dies so zum Ausdruck gebracht: Es gebe keine Bildungslobby mehr. Wen immer er damit meint: Diese Lobby gibt es, sie sitzt zu Tausenden und Millionen in Schulräumen und Hörsälen und wird in der nächsten Zeit allzu massiv zeigen, daß sie gewillt ist, ihre Macht einzusetzen: auf der Straße, in der Aktion.

So hat Engholm selbst schon den Protest zu spüren bekommen: Bei einer gemeinsamen Aktion von VDS und GEW wurden ihm 20 000 Unterschriften – an einer Wäscheleine aufgehängt – mit den Bafög-Forderungen der GEW übergeben. Smart, wie er ist, hat er sich selbst den GEW-Button mit angesteckt und sich locker-lässig in die Diskussion eingebracht.

Bafög statt Pershing

Wir aber werden ihm (und nicht nur ihm) noch mehr zeigen, daß wir seine Entscheidung nicht so leicht akzeptieren werden. Bafög statt Pershing heißt unsere Devise, und wir werden sie am 3. Juni deutlich genug zum Ausdruck bringen: als die Bildungslobby.

Impressum: Extraausgabe des monatlich erscheinenden Studentenmagazins „rote blätter“. Herausgeber: Bundesvorstand des MSB Spartakus. Verantwortlicher Redakteur: Franz Sommerfeld, Buschstraße 81, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 20 53/54.